Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7785**

14. Wahlperiode 11. 12. 2001

Antrag

der Abgeordneten Erika Reinhardt, Bernd Schmidbauer, Dr. Maria Böhmer, Hermann Gröhe, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Norbert Blüm, Monika Brudlewsky, Maria Eichhorn, Rainer Eppelmann, Dr. Heiner Geißler, Siegfried Helias, Rudolf Kraus, Dr. Manfred Lischewski, Marlies Pretzlaff, Hans-Peter Repnik, Dr. Christian Ruck, Dr. Erika Schuchardt, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Peter Weiß (Emmendingen), Annette Widmann-Mauz und der Fraktion der CDU/CSU

Nothilfe für Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem Einbruch des Winters muss der afghanischen Bevölkerung nach dem militärischen Sieg über das Taliban-Regime geholfen werden, um eine sich abzeichnende humanitäre Katastrophe zu verhindern. Derzeit leben im Norden Afghanistans bereits 900 000 Menschen ohne Nahrung, für mindestens 2 Millionen Afghanen wird es nur noch wenige Wochen, für weitere 6 bis 7 Millionen Menschen nur noch wenige Monate ausreichend Nahrung geben. Die Weltbank warnt darüber hinaus, dass mit dem Ende des seit über 20 Jahren andauernden Kriegszustandes voraussichtlich Millionen Flüchtlinge zurückkehren werden und die Nahrungsmittelversorgung nochmals verschärft werden könnte. Einsetzender Schneefall und die angespannte Sicherheitslage behindern derzeit die humanitäre Hilfe. UNHCR berichtet, dass Frauen und Kinder bei Temperaturen um den Gefrierpunkt im Freien und ohne Winterkleidung campieren. Die Hauptursachen für die humanitäre Katastrophe sind die über vier Jahre währende Dürre, eine der schlimmsten in der afghanischen Geschichte, die unfähige Verwaltung der Taliban, die zu einer logistischen und infrastrukturellen Katastrophe hinsichtlich der Nahrungsmittelverteilung im Land geführt hat und verantwortlich ist für über eine Million Binnenvertriebene sowie den Zusammenbruch des landwirtschaftlichen Systems, der hereinbrechende strenge afghanische Winter und schließlich die durch den Krieg verursachte Versorgungslücke des Landes, verbunden mit einem stark beschädigten Wegenetz, das Hilfslieferungen erheblich erschwert.

Afghanistan ist nach über zwanzig Jahren Krieg und Bürgerkrieg eines der ärmsten Länder der Welt, seine Bevölkerung in einem verheerenden Gesundheitszustand und die Kindersterblichkeit eine der höchsten in der Welt. Das Kinderhilfswerk Unicef rechnet mit dem Tod von 120 000 Kindern, wenn nicht rechtzeitig Hilfe eintrifft. Die begrüßenswerten Bemühungen zur Nothilfe im Lande durch beispielsweise das UN-Welternährungsprogramm und die US-Initiative zur Versorgung der Bevölkerung aus der Luft, sowie zahlreiche Kirchen und Nichtregierungsorganisationen wie Terre des Hommes, Care, die Welthungerhilfe und Oxfam werden jedoch nicht ausreichen, um die Versorgung in den kommenden Wochen und Monaten zu sichern. Die Hilfsorganisationen sind

derzeit lediglich in der Lage, Menschen in den zugänglichen Randgebieten zu versorgen. Problematisch ist aber die Versorgung dort, wo Hilfsorganisationen durch die eigene Logistik und die zerstörte Infrastruktur an Grenzen stoßen. Ausländische Mitarbeiter von Hilfsorganisationen haben keinen Zugang zu Gebieten, die nach wie vor von den Taliban kontrolliert werden.

Um den Wettlauf gegen die Zeit zu gewinnen, ist eine generalstabsmäßige Planung der Nothilfe für Afghanistan notwendig. Bereits Mitte Oktober 2001 haben die Entwicklungsminister der EU-Staaten „schnelles Handeln“ für die vom Hunger bedrohten Menschen gefordert. Dabei stellten die Minister fest, dass es das Hauptproblem sei, die Bedürftigen überhaupt zu erreichen. Laut Europäischer Kommission stellen die EU-Staaten für Sofortmaßnahmen in Afghanistan noch im Jahre 2001 700 Mio. DM zur Verfügung. Auch die Weltbank plant konkrete Hilfe in Millionenhöhe. Das Problem der Soforthilfe für Afghanistan ist daher weniger in den finanziellen Mitteln zu suchen als in der Organisation. Bislang hat die Bundesregierung es versäumt, Vorsorgemaßnahmen im Bereich der Nothilfe für die Zeit nach dem Ende des Militäreinsatzes gegen das Taliban-Regime zu treffen. Die Bundesregierung hat es außerdem versäumt, ihren Einfluss in der EU und gegenüber den USA geltend zu machen, um Probleme bei der Koordination der humanitären Hilfe anzustoßen. Dies ist umso bedauerlicher vor dem Hintergrund der großen Bedeutung, die die Bundesregierung nach eigener Aussage der humanitären Hilfe in ihrer Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik beimisst. So klagt das UN-Büro zur Koordination humanitärer Hilfe (OCHA), dass bislang erst 20 Prozent der vom 15. November bis 15. Dezember 2001 benötigten Hilfsgüter eingetroffen seien.

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. für den Aufbau der für die Nothilfe dringend benötigten Logistik in Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Organisationen in Afghanistan zu sorgen, um die Versorgung der afghanischen Bevölkerung mit den notwendigen Hilfsgütern zu sichern, eine verbesserte medizinische Versorgung der afghanischen Bevölkerung, besonders der Kinder, zu ermöglichen und schließlich die Bereitstellung und Verteilung von Winterkleidung, Decken und Winterzelten sicherzustellen;
2. in der Europäischen Union, im Nordatlantischen Bündnis und bei den Vereinten Nationen auf eine Sofortinitiative für eine breit angelegte und massive Hilfsaktion für die notleidende afghanische Bevölkerung hinzuwirken;
3. die Koordination der Nothilfe für Afghanistan gegebenenfalls mit finanziellen und personellen Mitteln zu unterstützen;
4. ihren Einfluss auf die zentralasiatischen Staaten zu nutzen, um bürokratische Hürden abzubauen, die Hilfslieferungen unmöglich machen oder erschweren;
5. ihren Einfluss auf die usbekische Regierung zu nutzen, um die dauerhafte Öffnung der „Freundschaftsbrücke“ zwischen dem Flughafen Termez (Usbekistan) und der nordafghanischen Stadt Mazari-Sharif zu gewährleisten, damit Lebens- und Arzneimittel sowie Winterkleidung hineingebracht- sowie Kranke herausgebracht werden können.

Berlin, den 11. Dezember 2001

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333